

Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen



24.05.2019

Ausrufen des Klimanotstands [1]

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

der Rat möge beschließen sich der internationalen Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand») anzuschließen.

Präambel

Am Freitag, 15. März 2019, demonstrierten deutschlandweit über 300.000 Menschen im Rahmen der Fridays For Future-Bewegung gegen die Klima- und Umweltpolitik der Bundesregierung. In Leverkusen gingen ca. 400 – vornehmlich junge Menschen – auf die Straße. Sie forderten und werden auch in Zukunft fordern, dass die Politik auf **allen Ebenen** sofort effektive Maßnahmen beschließt und diese konsequent durchsetzt, damit die drohende Klimakatastrophe abgewendet werden kann. Die Schüler*Innen sprechen aus, was uns allen längst bewusst sein sollte: Es ist höchste Zeit zu handeln. Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globale Durchschnittstemperatur ist gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter schon heute um 1°C gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 410 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren. Der Klimawandel ist nicht nur ein Umweltproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Gesundheits- und Artenschutzproblem und eine Gefahr für den Frieden. Wissenschaftler*Innen warnen immer dringlicher: Das Zeitfenster, das uns noch bleibt, um unsere Lebensgrundlage nachhaltig zu sichern, schließt sich rasant. Das Tempo, das momentan beim Klimaschutz an den Tag gelegt wird, reicht bei weitem nicht aus, um unseren jüngsten Mitbürger*Innen eine sichere Zukunftsperspektive zu bieten. Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist es deshalb zwingend erforderlich, schnellstmöglich große Emissionsreduktionen zu erreichen, bereits angehäuften Versäumnissen aufzuholen und kommenden Generationen ihre Handlungsspielräume zu bewahren.

Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand»)

Gerade in Leverkusen, welches durch zahlreiche Verkehrswege geprägt ist, bietet sich mit der Gestaltung nachhaltiger Mobilitätskonzepte die Chance sich an festen Klimaschutzziele zu orientieren. Auch müssen wir auf Veränderungen unserer Umwelt gefasst sein, extreme Pegelständen des Rheins werden sich häufen, das Klima in den Stadtzentren wird sich erhitzen, Flora und Fauna werden sich ändern. Diesen Umständen müssen wir Rechnung tragen und Klimaschutz sowie heimische Wirtschaft miteinander vereinbaren.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösungen dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung bis 2050 auf deutlich unter 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je schnell zu handeln!

Die Stadt Leverkusen erklärt den Climate Emergency und erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an:

- Die Stadt Leverkusen wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen. Dieser Grundsatz wird auf die Unternehmen der Stadt übertragen.
- Die Stadt Leverkusen wird schon beschlossene Maßnahmen beschleunigen und vorhandene Konzepte ausweiten, die dem Ziel der ökologischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Nachhaltigkeit dienen
- Die Stadt Leverkusen orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere im Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen.
- Die Stadt Leverkusen fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland möglichst noch vor 2050 vollständig erreicht wird. Daneben müssen Bund und Land die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen schaffen, die den Kommunen die Möglichkeit geben, wirksame Maßnahmen zu ergreifen.
- Die Stadt Leverkusen fordert, dass die Bundesregierung und die Landesregierung umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren.

[1] Die Begriffe «Climate Emergency» resp. «Klimanotstand» sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.

Wir beantragen des Weiteren Redezeit in Rat und Ausschüssen, welche sich mit diesem Antrag befassen.

Mit freundlichen Grüßen

Fridays For Future Leverkusen